

Schriftenreihe Heft 4

**Fordert nicht Arbeit und Brot,  
sondern Freizeit und Kuchen!**





Schriftenreihe  
Heft 4: Fordert nicht Arbeit und Brot, sondern Freizeit und Kuchen!  
1. Auflage 2019  
V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel  
Layout und Satz: Daniel Josten

# Inhalt

<b>Über die Autoren .....</b>	<b>4</b>
<i>Vorwort vom Bundeskoordinierungskreis der Emanzipatorischen Linken</i>	
<b>Fordert nicht Arbeit und Brot, sondern Freizeit und Kuchen!.....</b>	<b>6</b>
<i>Oscar Wilde</i>	
<b>Die Seele des Menschen im Sozialismus .....</b>	<b>7</b>
<i>Ronald Blaschke</i>	
<b>Grundeinkommen und freie Tätigkeitsgesellschaft.</b>	
<b>Gedanken über eine andere Gesellschaft .....</b>	<b>8</b>
<i>Robert Zion</i>	
<b>Die Gespenster der Vergangenheit .....</b>	<b>14</b>
<i>Jutta Krellmann</i>	
<b>Das bedingungslose Grundeinkommen: ein trojanisches Pferd? .....</b>	<b>16</b>
<i>Nicole van der Made</i>	
<b>Es stellt sich die Frage, in was für einer Gesellschaft wollen wir wie miteinander leben? Sie gehört unmittelbar zur Grundeinkommensdebatte.....</b>	<b>19</b>
<i>Bundeskoordinierungskreis der Emanzipatorischen Linken</i>	
<b>Industrie 4.0 und der Arbeitsfetisch.....</b>	<b>22</b>
<i>Anke Domscheit-Berg</i>	
<b>Der Arbeitsfetisch und das Bedingungslose Grundeinkommen .....</b>	<b>26</b>
<i>Katja Kipping</i>	
<b>Vom wundersamen Aufstieg der Arbeit und deren Hinterfragung.....</b>	<b>30</b>

# Über die Autoren

## Ronald Blaschke

Ist Diplom-Philosoph, Diplom-Pädagoge, er beschäftigt sich seit dem Jahr 2000 mit dem Grundeinkommen. Im Jahr 2004 war er Mitbegründer des Netzwerkes Grundeinkommen und 2005 gehörte er zu den Mitbegründern der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. Im Jahr 2014 gründete er mit anderen das Netzwerk „Unconditional Basic Income Europe“ (UBIE). Ronald Blaschke ist Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping.

## Anke Domscheit-Berg

Ist Publizitin, ehemalige Unternehmerin und Politikerin (parteilos, zuvor Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten). Bei der Bundestagswahl 2017 zog sie über die Liste der LINKEN in den Bundestag ein. Sie setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. 2010 erhielt sie den Berliner Frauenpreis.

## Katja Kipping

Seit 2005 ist sie Mitglied des Bundestages und seit 2012 Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Von 2004 bis 2008 war Kipping Sprecherin des Netzwerkes Grundeinkommen. Sie gehört gemeinsam mit Caren Lay und Julia Bonk zu den Initiatorinnen der Emanzipatorischen Linken. Katja Kipping ist Redakteurin des Magazins Prager Frühling – Das Magazin für Freiheit und Sozialismus. Außerdem

ist sie Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne e.V. (ISM) und gehört dem Vorstand an. Von 2004 bis Mai 2008 war sie Mitbegründerin und Sprecherin beim Netzwerk Grundeinkommen.

## Jutta Krellmann

Sie gehört dem Bundestag seit 2009 an. Von 2009 – 2017 war sie Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Linksfraktion im Bundestag. Seit 1985 ist sie Gewerkschaftssekretärin der IG Metall.

## Nicole van der Made

Ist seit 2013 Mitglied des Regionsvorstands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen und Regionsabgeordnete. Desweiteren ist sie Sprecherin der AG Frauen und war von 2011 – 2016 Ratsfrau im Rat der Stadt Gehrden. Sie ist Sprecherin der AG Grundeinkommen Niedersachsen.

## Robert Zion

War von 2003 bis 2016 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. 2008 schrieb er den Text „links-libertär“ und gilt damit als Gründer der Grünen emanzipatorischen Linken bei Bündnis 90/Die Grünen. Ebenfalls ist er Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne. Seit 2018 ist er parteiloses Mitglied der Emanzipatorischen Linken in und bei der LINKEN.

## **Bundeskoordinierungskreis (BuKo) der Emanzipatorischen Linken**

Mitglieder des BuKo (2018 -2020) sind:

Judy Barrera (Bayern)

Sandra Beier (Berlin)

Anne Helm (Berlin)

Oliver Helm (Berlin)

Peter Laskowski (Baden-Württemberg)

Ferdinand Niemann (Schleswig-Holstein)

Siegfried Seidel (Niedersachsen)

## **Fordert nicht Arbeit und Brot, sondern Freizeit und Kuchen!**

**„Das Recht auf Wohlstand ist die soziale Revolution, das Recht auf Arbeit ist günstigstenfalls ein industrielles Zuchthaus.“**

*Peter Kropotkin*

Faulheit gilt in den westlichen Industrienationen als Todsünde. Wer nicht täglich flott und adrett zur Arbeit fährt, wer unbezahlte Überstunden verweigert, lieber nachdenkt als malocht oder es gar wagt, mitten in der Woche auch mal bis mittags nichtstuend herumzuliegen, läuft Gefahr, des Schmarotzertums und parasitären Lebens bezichtigt zu werden. Wenn sich werktätige Menschen einen sozialen Stellenwert beimessen, dann geschieht das meist über das Ergebnis ihrer Tätigkeit.

„Roboter nehmen uns die Arbeit ab: 47 Prozent in den nächsten 25 Jahren“, sagt eine Studie der Oxford-Universität. Es könnte ein Grund zur Freude sein: Endlich Zeit den Klimawandel zu stoppen, die Eltern zu pflegen und Kunst zu schaffen. Aber nein, in unserer Industriekultur wird eine solche Zukunft als Bedrohung gesehen. Immer noch gilt: Menschen können nur in Würde leben, wenn sie eine Vollzeitstelle haben. Deshalb streben wir als Gesellschaft auch nicht nach mehr freier Zeit und weniger Arbeit, sondern nach Vollbeschäftigung.

Die, die einen Job haben, richten ihre Kritik nicht gegen die Verhältnisse, in denen die Arbeit so organisiert ist. Ihre

eigene schlechte Situation empfinden viele als ungerecht gegenüber denen, die keine Arbeit haben. Arbeitslose seien faul, leisten keinen Beitrag zur Gesellschaft und machen sich auf Kosten derer, die arbeiten, ein schönes Leben. Der Versuch, „Gerechtigkeit“ herzustellen, führt dann seitens der Arbeitenden eben nicht zu einer positiven Aufhebung der gefühlten, selbst erlebten Ungerechtigkeit und misslichen Lage, sondern „den Anderen“ (den „schmarotzenden Arbeitslosen“) soll es wenigstens genauso schlecht gehen wie einem selbst. Der gesellschaftliche Hass auf Arbeitslose, die ihren Beitrag zum Gemeinschaftswohlstand angeblich nicht leisten, ist nur denkbar in einer Gesellschaft, in der Arbeit zentrales kollektives und individuelles Identitätsmerkmal ist. Alles kreist um die Arbeit. Wenn ein Mensch einen anderen kennenlernt, ist die Frage nach dem Beruf fast genauso selbstverständlich wie die Frage nach Alter oder Name.

Ein absurder Arbeitsfetisch. Absurd, weil er den Sinn der Beschäftigung nicht hinterfragt. Weil in ihm der Glaube verwurzelt ist, dass wir die Arbeit mehr brauchen, als sie uns. Eine sympathische Idee für die Überwindung des gesellschaftlichen Arbeitsfetisch ist die des bedingungslosen Grundeinkommens von diversen linken Zusammenschlüssen. Es geht von der Idee aus, dass alle Menschen eine grundlegende Lebensberechtigung haben.

Diese Lebensberechtigung ist nicht nur ein Recht zum Über- sondern zum richtigen Leben, also mit voller Teilhabe an der Gesellschaft. Darüber hinaus würde das bedingungslose Grundeinkommen nicht nur die Situation der prekarierten (Lohn-)Arbeitslosen verbessern, sondern auch das Empowerment von lohnabhängig Beschäftigten – die plötzlich nicht mehr im Angesicht des drohenden Arbeitsplatzverlustes und damit einhergehender Verarmung jede Zumutung ihrer Arbeitgeber\*innen akzeptieren müssten.

*Oscar Wilde*

## Die Seele des Menschen im Sozialismus

Der Mensch ist für Besseres geschaffen, als Dreck aufzuwirbeln. Alle diese Arbeiten sollte eine Maschine ausführen.

Ich zweifle nicht, dass das einmal der Fall sein wird. Bislang ist der Mensch in gewissem Sinne der Sklave der Maschine gewesen, und es liegt etwas Tragisches in der Tatsache, dass er zu hungern begann, sobald er Maschinen erfand, die seine Arbeit verrichten. Dies ist jedoch nur das Ergebnis unserer Eigentumsordnung und unseres Wettbewerbssystems. Ein Einzelner ist Eigentümer einer Maschine, die die Arbeit von fünfhundert Menschen leistet. Dadurch sind fünfhundert Menschen arbeitslos, und weil sie keine Beschäftigung haben, fallen sie dem Hunger und dem Diebstahl anheim. Der Einzelne sichert sich das Produkt der Maschine und behält es und besitzt fünfhundertmal mehr, als er besitzen sollte und wahrscheinlich,

Wirkt ein BGE wirklich dem gesellschaftlichen Arbeitsfetisch entgegen? Wir wissen es nicht. Was wir jedoch wissen ist, dass ein BGE nichts daran ändern würde, dass wir immer noch in einer kapitalistischen Welt mit Umweltzerstörung, Wachstumszwang, Rassismus, Patriarchat, Krieg und eben auch ausbeuterischer Lohnarbeit leben. Allerdings könnte es dazu beitragen, den Umgang mit der ausbeuterischen Lohnarbeit zu verändern.

dies ist von noch größerer Bedeutung, sehr viel mehr, als er wirklich begehrt.

Wäre diese Maschine das Eigentum aller, so würde jedermann Nutzen daraus ziehen. Das wäre für die Gesellschaft von unermesslichem Vorteil. Jede mechanische Arbeit, jede einförmige, stumpfsinnige Arbeit, jede Arbeit, die aus schrecklichen Verrichtungen besteht und unter unwürdigen Bedingungen ausgeführt wird, muss von Maschinen geleistet werden. Die Maschine soll für uns in den Kohlenbergwerken arbeiten und alle sanitären Dienstleistungen übernehmen, sie soll die Dampfer heizen, die Straßen säubern und bei schlechtem Wetter Botendienste ausführen und überhaupt alles tun, was langweilig und unangenehm ist. Gegenwärtig konkurriert die Maschine mit dem Menschen. Unter den richtigen Verhältnissen wird die Maschine dem Menschen dienen. Dies ist ohne Zweifel

die Zukunft der Maschine; und so wie die Bäume wachsen, während der Landwirt schläft, so wird die Menschheit sich vergnügen oder sich der geistvollen Muße hingeben – denn Muße, nicht Arbeit ist das Ziel des Menschen –, oder sie wird schöne Dinge hervorbringen oder schöne Dinge lesen oder einfach die Welt mit Bewunderung und Entzücken betrachten, während die Maschine die notwendige, unangenehme Arbeit verrichtet.

Es ist eine Tatsache, dass die Zivilisation Sklaven erfordert. Darin hatten die Griechen ganz recht. Wenn nicht Sklaven die hässliche, unangenehme, uninteressante Arbeit ausführen, werden Kultur und

Kontemplation beinahe unmöglich. Aber menschliche Sklavenarbeit ist unrecht, unzuverlässig und demoralisierend. Von der Sklavenarbeit der Maschine, dem mechanischen Sklaventum, hängt also die Zukunft der Welt ab. Und wenn Männer der Wissenschaft nicht mehr genötigt sein werden, in so deprimierende Gegenden wie East End zu gehen und schlechten Kakao und noch schlechtere Woldecken an hungernde Menschen zu verteilen, werden sie die erquickliche Muße finden, schöne und ungewöhnliche Dinge zu ihrer eigenen Freude und zur Freude der ganzen Welt zu erfinden.

*Auszug aus: The Soul of Man under Socialism, 1891 in The Fortnightly Review erschienen, Übersetzung von Gustav Landauer*

Ronald Blaschke

## **Grundeinkommen und freie Tätigkeitsgesellschaft. Gedanken über eine andere Gesellschaft**

Die weitgehend globalisierte kapitalistische Produktionsform ist mit vier Krisen beschäftigt – mit einer Wirtschaftskrise, die insbesondere eine Überproduktionskrise ist, einer Energie- und Umweltkrise, einer Krise der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse von Menschen und einer Sinnkrise hinsichtlich der primären Vergesellschaftung durch Erwerbs- und Lohnarbeit. Auf diese vier grundlegenden Krisen gibt es eine grundlegende Antwort:

Es ist Zeit, dass der Mensch sich seiner primären Fähigkeit bewusst wird, nämlich seine Vernunft einzusetzen. Vernunft meint hier, sich darüber Gedanken zu machen, was und wie gesellschaftlich produziert, geleistet und konsumiert werden kann und sollte. Normativ kann sich dabei an grundlegenden Werten orientiert werden: Pluralität der menschlichen Lebens- und Sinnvollzüge, individuelle Freiheit und freie Fähigkeitsentwicklung,

1. Vgl. Ronald Blaschke: *Wie hoch muss ein Grundeinkommen sein? Oder: Das Regelsatzdesaster*;  
[www.grundeinkommen.de/27/01/2017/wie-hoch-muss-ein-grundeinkommen-sein-oder-das-regelsatzdesaster.html](http://www.grundeinkommen.de/27/01/2017/wie-hoch-muss-ein-grundeinkommen-sein-oder-das-regelsatzdesaster.html)



Befriedigung grundlegender Bedürfnisse der Menschen sowie ökologische Nachhaltigkeit der Produktion und Konsumtion. Vor diesem Hintergrund sollen Überlegungen um das Grundeinkommen und eine Tätigkeitsgesellschaft angestellt werden.

Unter Grundeinkommen verstehe ich in Übereinstimmung mit dem europäischen Netzwerk Unconditional Basic Income Europe (UBIE) und dem deutschen Netzwerk Grundeinkommen eine individuell garantierte Geldleistung des politischen Gemeinwesens an jeden Menschen ohne eine sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung (Einkommen, Vermögen) und ohne einen Zwang zur Arbeit oder eine Gegenleistung in existenz- und teilhabesichernder Höhe. Für Deutschland wären das derzeit ca. 1.100 Euro netto monatlich.<sup>1</sup> Unter Arbeitsgesellschaft verstehe ich eine Gesellschaft, in der die Mitglieder primär durch Erwerbs- und Lohnarbeit (Marktarbeit) vergesellschaftet, moralisch, statusbezogen als auch monetär anerkannt werden. Unter Tätigkeitsgesellschaft verstehe ich eine Gesellschaft, in der die Anerkennung sowie Vergesellschaftung der Mitglieder der Gesellschaft in pluralen Aktivitäts- und Tätigkeitsformen der Menschen seine Grundlage hat, die soziale Position der Einzelnen gemäß der Vielheit dieser Aktivitäten vielfältig statt einfältig ist.<sup>2</sup> Aktivitäten und Tätigkeiten sind zum Beispiel die Erwerbsarbeit, private als auch öffentlich-solidarökonomische Formen der Eigenarbeit bzw. Subsistenz, private und gemeinschaftlich organisierte

Formen der Familien-, Sorge-, Erziehungs- und Pflegearbeit (Care), bürgerschaftliches (öffentlich-politisches) Engagement, Muße und Bildung in privaten und gemeinschaftlichen und in öffentlichen, institutionalisierten Zusammenhängen. Eine Tätigkeitsgesellschaft ist dann eine freie Tätigkeitsgesellschaft, wenn die Kombinationen und Wechsel zwischen den verschiedenen Aktivitäts- und Tätigkeitsformen im Laufe des Lebens und des Alltags in freier individueller Entscheidung erfolgen – unter Berücksichtigung zu befriedigender Notwendigkeiten und in Abstimmung mit den Kooperierenden.

### **Die Arbeitsgesellschaft und gesellschaftliche Krisen**

Eine Gesellschaft, die primär dasjenige wertschätzt, was marktvermittelte und angeblich wertschöpfende Tätigkeiten (Erwerbs- und Lohnarbeit) sind, muss – in Zeiten des Überflusses an produzierbaren materiellen Dingen – zwangsläufig in eine permanente und in zyklische Überproduktionskrisen schlittern. Das liegt daran, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Erwerbs- und Lohnarbeit primär die Funktion hat, Mehrwert bzw. Profit sowie Konkurrenz und Machtverhältnisse zu realisieren und somit die Produktion und Konsumtion anzukurbeln. Die Überproduktion äußert sich nicht nur in zyklischen Krisen, in denen massenhaft produzierte Güter entwertet werden. Die permanente Überproduktionskrise äußert sich in der künstlichen Ausdehnung der marktvermittelten Produktions- und Kon-

---

2. Vordenker/innen einer solchen Gesellschaft waren die deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt (1906 - 1975), der deutsch-britische Soziologe Ralf Dahrendorf (1929 - 2009), der österreichisch-französische Philosoph André Gorz (1923 - 2007) und die deutsche marxistisch-feministische Soziologin und Philosophin Frigga Haug (geb. 1937).

sumtionssphäre und damit verbundener Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Energie- und Naturressourcen und menschlicher Fähigkeiten. Dies geschieht zum Beispiel durch ständige Neuerungen von Produkt- und Dienstleistungen und Verkürzungen von Vernutzungszeiten von Gütern und Dienstleistungen. Die kürzeren Vernutzungszeiten sind durch Moden und Designs sowie durch bewusst verkürzte technische Haltbarkeiten erzeugt. Ein anderes Beispiel ist die Ausweitung der marktvermittelten Tätigkeiten bis hinein in die zwischenmenschlichen Bereiche der Sorge, Pflege, Erziehung, der alltäglichen Sozialisation und in die Körperlichkeit – mit allen damit verbundenen Folgen der Unterversorgung und Marktabhängigkeit der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Entscheidend für die Ausweitung der marktvermittelten Produktion und Konsumtion in Zeiten des Überflusses ist die künstliche Produktion von Bedürfnissen. Das geschieht, indem Menschen zu konsumierenden und ständig Neues konsumierenden Wesen sozialisiert bzw. gebildet werden, um die wertschöpfende Marktproduktion am Laufen zu halten. Dafür müssen für die Gestaltung (Design) und die Bewerbung von Produkten und Dienstleistungen immense Finanzmittel und natürliche Ressourcen verschwendet werden, um deren Konsumfähigkeit künstlich zu erzeugen und aufrecht zu erhalten. In Zeiten der Digitalisierung werden dafür auch die von den Konsument\*innen mehr oder weniger frei abgegebenen Daten genutzt, um die Marktproduktion und -konsumtion zu optimieren.

Dass mit einer permanenten Überproduktion Sinnkrisen verbunden sind, zeigen die erstarkenden sozialen Bewegungen,

die sich dem Thema Degrowth und Care widmen. Die Menschen wollen besser und gesünder leben mit weniger Ressourcenverbrauch und mit mehr menschlicher Zuwendung – das zeigt nicht nur das Bewusstsein darüber, dass wir dies uns leisten können, weil die grundlegenden materiellen Güter für alle gesichert sind und somit die Suche nach Sinnhafterem freisetzt, als die Vernutzung menschlicher Intelligenz und natürlicher Ressourcen zugunsten der wachsenden Kapitalakkumulation und der Herrschaft weniger. Selbst in der Erwerbs- und Lohnarbeit direkt kann eine Sinnkrise ausgemacht werden: Der seit 2001 ermittelte Engagement-Index für Deutschland weist in den letzten 16 Jahren eine fehlende emotionale Bindung der Lohnarbeitenden an die Arbeitgeber\*innen und damit deren fehlendes Engagement und fehlende Motivation bei der Arbeit in Höhe von 15 bis 20 Prozent auf, eine geringe emotionale Bindung besteht bei 63 bis 70 Prozent. Das heißt rund 80 bis 90 Prozent der Lohnarbeitenden engagieren sich nicht oder nur eingeschränkt in ihrer Lohnarbeit. Lohnarbeit ist also auch eine gigantische Stilllegungsmaschinerie. Menschliche Fähigkeiten können sich nicht entfalten, weil sie in das Korsett der Lohnarbeit gezwungen sind.

Die weitere, parallel stattfindende Methode des Am-Laufen-Halten marktvermittelter Produktion und Konsumtion ist die künstliche Verknappung und bürokratische, kostenintensive Vorenthaltung von Mitteln der Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung, sei es durch Privatisierung von natürlichen Subsistenzmitteln (z. B. Boden, Wasser, natürliche Heilmittel), von gemeinsamen

Gütern (digitale Daten, Wissen) oder durch die repressive Ausgestaltung bis Vorenthaltung monetärer Transfers zur Existenz- und Teilhabesicherung. Es muss alles getan werden, alternativen Arbeits-, Kooperations- und Lebensmöglichkeiten, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und deren Fähigkeiten sich entfalten lassen, das Wasser abzugraben.

Eine Folge der Überproduktion in einer vom materiellen Überfluss geprägten Welt ist die Flucht von Finanzmitteln in den spekulativen Finanzsektor zwecks leistungsloser Geldsicherung und -vermehrung, weil produktiv-investive Anlagen nicht mehr eine ausreichende bzw. sichere Profitrate ermöglichen. Auf der Seite der Habenichtse dagegen ist die Kreditaufnahme und Überschuldung zwangsläufig, wenn grundlegende natürliche Subsistenzmittel und monetäre Existenz- und Teilhabemittel machtpolitisch verweigert werden. Beide Formen (Spekulation, Überschuldung) führten zu Finanzkrisen, die eine teilweise und kurzzeitige Bereinigung des Marktes von unsinniger Produktion und massenhafte Verarmung bewirkten.

### **Krise der Arbeitsgesellschaft und marktkonforme Krisenbewältigung**

Angesichts der krisenhaften Auswirkungen im Bereich der Erwerbs- und Lohnarbeit wurden in Deutschland einige Formen der Stabilisierung der Arbeitsgesellschaft angewendet, die ihrer Marktconformität entkleidet, Vorboten einer Grundeinkommengesellschaft sein könnten: a) Es wurde zum Beispiel an Besitzer\*innen eines mindestens neun Jahre alten Automobils eine sogenannte Abwrackprämie

(Verschrottungsprämie) gezahlt, wenn diese ein neues Auto kauften – eine Prämie, die ohne eine Arbeitsgegenleistung und ohne einen Bedürftigkeitsnachweis gezahlt wurde. Marktconformes Ziel war es, die Autoindustrie vor der größten wirtschaftlichen Pleite zu bewahren. Allerdings: Weder Menschen noch Natur können so viele Autos und deren gesundheits- und umweltschädliche Nutzung verkraften, wie produziert werden (können). b) Unternehmen, deren Auftragsvolumen krisenbedingt zurückging und die deswegen kürzere oder Null-Stunden-Arbeitszeiten ihren Beschäftigten anordneten, konnten für diese Beschäftigten das sogenannte konjunkturbedingte Kurzarbeitergeld für einen bestimmten Zeitraum bei der Arbeitsbehörde beantragen. Diese Behörde zahlt den Beschäftigten dann einen Ausgleich in Höhe von 67 Prozent (Arbeitnehmer\*in mit Kind) bzw. 60 Prozent (Arbeitnehmer\*in ohne Kind) für den ausfallenden Nettolohn – eine Geldleistung ohne Arbeitsgegenleistung oder einen Bedürftigkeitsnachweis. Die Beschäftigten mit Kurzarbeitergeld erscheinen nicht in der Arbeitslosenstatistik. Diese Methode der Existenzsicherung (und statistischen Schönfärberei) wurde nach der Maueröffnung im großen Stile für ostdeutsche Beschäftigte genutzt. Die aufgrund der erhöhten Produktion und der Konkurrenz im Westen Deutschlands nunmehr auftragslosen Firmen in der DDR ordneten für ihre Beschäftigten Null-Stunden-Kurzarbeit an. Der somit vollkommen ausfallende Lohn wurde ebenfalls in der genannten Höhe von dem Arbeitsamt an die Beschäftigten gezahlt – ohne eine Arbeitsgegenleistung oder einen Bedürftigkeitsnachweis.

Dies sind zwei Beispiele dafür, wie in Krisenzeiten für bestimmte Personengruppen grundeinkommensähnliche Transfers ermöglicht werden – allerdings nicht, um eine freie Tätigkeitsgesellschaft zu gründen, sondern um eine kriselnde Arbeitsgesellschaft marktkonform zu stabilisieren. Dennoch sind es Vorboten eines Grundeinkommens in einer Gesellschaft, die mit weniger Einsatz menschlicher Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt grundlegende Bedürfnisse der Menschen absichern kann. Was wiederum den Blick öffnet a) auf die Möglichkeiten und Zeit für andere notwendige Tätigkeiten, die von den Marktprozessen entweder nicht erfasst werden bzw. besser nicht erfasst werden sollten, zum Beispiel im gesamten Care-Bereich – und b) auf die Mehrung der Zeit für Muße.

### **Die freie Tätigkeitsgesellschaft mit Grundeinkommen als Kulturgesellschaft**

Der Sozialphilosoph André Gorz verwies zur Begründung eines Grundeinkommens auch auf das sogenannte Paradies-Paradox des russisch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers Wassily Leontief (1905 – 1999) hin: Stellen wir uns eine Gesellschaft vor, die aufgrund weitgehender Automatisierung mit immer weniger Anwendung lebendiger Arbeitskraft ausreichend Güter

und Dienstleistungen produziert.<sup>3</sup> Die Menschen könnten trotz des vorhandenen Überflusses dann nicht diese Güter und Dienstleistungen nutzen, würden sogar verhungern. Denn sie bekämen aufgrund der traditionellen Kopplung von Arbeit und Einkommen kein Einkommen. Sie erwerbsarbeiten ja kaum noch oder nicht mehr. Die französischen Distributionisten haben daher bereits vor ca. achtzig Jahren für ein „Sozialeinkommen“ plädiert – für eine grundeinkommensähnliche Leistung zur Sicherung der individuellen Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe.<sup>4</sup> Diese dekommodifizierte Form von Ressourcenverteilung durch das „Konsumgeld“ fand in einem umfassenden Diskussionsprojekt zur pluralen Ökonomie in der französischen Zeitschrift „transversales“ einen Platz neben drei weiteren diskutierten Formen von Verteilungsmitteln.<sup>5</sup> Natürlich setzt eine universelle Distribution voraus, dass sowohl die Produktion, die durch Automatisierung und Digitalisierung rationalisiert wird, wie auch die Distribution demokratisch organisiert werden – ansonsten droht die Fortführung der jetzigen Herrschaftsverhältnisse im Produktionsbereich. Damit wären wir bei dem Thema Organisation einer Gesellschaft, die demokratisch über das Was und das Wie der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion entscheidet. Die also die materielle und immaterielle Produktion unter ihre Kontrolle nimmt,

3. Dies ist natürlich nicht für die Sorge-, Bildungs- und Erziehungsarbeit möglich bzw. wünschbar.

4. Vgl. André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/Main 2000, S. 131; vgl. Ronald Blaschke: *Utopie mit Sprengkraft. Das bedingungslose Grundeinkommen im digitalen Kapitalismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jahrgang 2017, Heft 11, S. 104–112.

5. Vgl. André Gorz: *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*, Zürich 2004, S. 127.

anstatt von der marktdominierten Produktion und Konsumtion getrieben von Krise zur Krise zu stolpert – letztlich in die Krise des gesamten Ökosystems, in bürgerkriegsähnliche Zustände sowie Migrationsbewegungen im Kampf um die Existenzsicherung und um die letzten noch nutzbaren natürlichen Ressourcen.

Das Grundeinkommen als eine Form der bedingungslosen Existenz- und Teilhabesicherung kann mehr sein als ein „Konsumgeld“. Es kann die freie Entscheidung über Kombinationen verschiedener privater, gemeinschaftlicher bzw. öffentlicher Aktivitäten und Tätigkeiten der Menschen im Laufe des Lebens und im Alltag ermöglichen. In Verbindung mit

- einer radikalen Demokratisierung von Wirtschaft, des Finanzwesens und der Gesellschaft,
- mit dem Ausbau von freien Zugängen zu öffentlichen Gütern (wie digitale Daten, Wissen, Mobilität und Gesundheitsversorgung),
- mit dem Zugang zu natürlichen und technischen Gütern im Rahmen einer öffentlichen Infrastruktur,
- der ökologisch und sozial nachhaltigen

Ausrichtung der Produktion und

- mit dem Ausbau solidarischer Ökonomien (selbst organisierte Kulturstätten und Sorgenetzwerke, 3D-Druck- u. a. Werkstätten, Ateliers usw.)
- öffnet das Grundeinkommen die Tür zu einer freien Tätigkeitsgesellschaft.

Es geht letztlich dabei um eine andere Gesellschaft, um eine Kulturgesellschaft. Das ist eine Gesellschaft, die der freien Entwicklung der kulturellen, sozialen und politischen, produktiven und kreativen Fähigkeiten der Menschen immer Raum und Zeit gibt. Eine Gesellschaft, in der sich zugleich die Menschen ihrer Abhängigkeit voneinander bewusst sind, von daher eine menschliche Gesellschaft anstreben, die auf die menschliche Autonomie in gegenseitiger Abhängigkeit zielt.<sup>7</sup> Dies ist eine Zielstellung, die der deutsch-amerikanische Sozialphilosoph Erich Fromm (1900 – 1980) auch mit seinem Grundeinkommenskonzept verfolgte. Daran können wir uns mit Hochachtung angesichts des sich nähernden 120. Geburtsjahrs und 40. Todesjahres von Erich Fromm erinnern.

---

6. Vgl. Ronald Blaschke: *Grundeinkommensbewegung: Keine nachhaltige ökologische Transformation ohne bedingungslose soziale Sicherung aller Menschen*, in: *Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften* (Hg.): *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozialökologischen Transformation*, München 2017, S. 200-211.

## Die Gespenster der Vergangenheit

In ihrem Widerstand gegen das bedingungslose Grundeinkommen schreckt die Linke derzeit vor dem Individualisierungsschub der Gesellschaft zurück – und leugnet dabei ihre Wurzeln.

Im postindustriellen Zeitalter, in dem sich zunehmend eine grundlegende Transformation der Produktions- und Arbeitsformen abzeichnet, steht die Gesellschaft vor einem qualitativen Sprung. Die eigentlich wertschöpfende Arbeit wird immateriell (Der Anteil des Wissens an der Wertschöpfung beträgt heute nahezu 70 %), diversifiziert sich in die Gesellschaft hinein und bringt damit die beiden Grundpfeiler der alten Gesellschaftsordnung ins Wanken, den bürgerlichen Eigentumsbegriff und den Disziplinarcharakter des Staates und seiner Institutionen. Diese Entwicklung ist Banalität und radikale Transformation zugleich, denn seit je her haben die Arbeits- und Produktionsweisen unsere Gesellschaften institutionell und politisch geformt und ihnen im Nachgang ihren Namen verliehen: Feudalgesellschaft, Industriegesellschaft. Die sich zur Zeit ausformende Wissensgesellschaft wird so keinen Bruch in einer historischen Kontinuität darstellen, die in jedem qualitativen Sprung zugleich einen Vergesellschaftungs- und hiernach einen politisch vermittelten Individualisierungsschub auslöst. Denn die moralischen und politischen Werte einer Gesellschaft waren nie ein Input, etwas Vorgelagertes, sie waren und sind immer Ausdruck dessen, wie die Gesellschaft ökonomisch produziert

und sich damit auch kulturell reproduziert. Und so wie die erste industrielle Revolution dereinst zur Voraussetzung hatte, dass an die Stelle des Leibeigenen der „freie“ Arbeitskraftanbieter trat, so erfordert die neue Wissensökonomie heute das befreite Individuum.

Tatsächlich verschwimmen heute die Grenzen zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten, zwischen Arbeitszeit und Freizeit, kurz: die ganze Gesellschaft ist tendenziell in Produktion gesetzt. Dabei verliert die Arbeit ihren klassischen Charakter als vom Subjekt abgetrennte und handelbare Ware Arbeitskraft und wird zur Arbeit an und mit sich selbst für sich und für andere. So verschieben sich nicht nur die Anforderungen an die staatlichen Institutionen und den Einzelnen bezüglich der Arbeits- und Lebenszeitorganisation, auch unsere nach wie vor bürgerlich und industriegesellschaftlich verfassten Begriffe von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit geraten ins Wanken. Denn die Abschöpfung des gesellschaftlich erzeugten Mehrwerts scheint nur noch auf der Ebene der Gesamtgesellschaft möglich. An die Stelle des bürgerlichen Eigentumsbegriffs, also der individuellen Aneignung der eigenen Arbeitsergebnisse, tritt der individuelle Anspruch auf „Zugang zu“ und „Teilhabe an“ gesamtgesellschaftlichen Mehrwtergebnissen. Die soziale Frage beginnt sich darum heute um diese Pole zu organisieren, um den freien Zugang zu ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Netzwerken

und um die individuelle Teilhabe am Reichtum der Gesamtgesellschaft.

Die Verteilungsfrage verschwindet darüber nicht, sie beginnt nur einen grundlegenden anderen Charakter anzunehmen. Die bisherigen Mechanismen der marktförmigen Primärverteilung und der staatsförmigen Sekundärverteilung zerschellen an der schlichten Tatsache, dass die Akkumulation des gesamtgesellschaftlich erzeugten Reichtums heute weitestgehend im privaten Vermögensbesitz stattfindet, der allerdings nach wie vor noch als unantastbar gilt. Doch ist diese individuelle Aneignung keine Aneignung der Früchte der eigenen Arbeit mehr, sondern eine Aneignung der Früchte eines gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhangs. Mit den Worten des kommunistischen Manifests von 1848 gesagt: „Das persönliche Eigentum verwandelt sich nicht in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums verwandelt sich.“ Darum auch ist die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen im Kern eine Debatte darüber, wie sich die Gesellschaft ihren aus sich selbst heraus geschaffenen Reichtum wieder aneignen kann. Das Grundeinkommen ist darum die richtige neue verteilungspolitische Idee, es ersetzt die teilweise dysfunktional gewordenen, teilweise zusammenbrechenden Mechanismen der Primär- und Sekundärverteilung durch eine Protoverteilung, durch eine Art Input-Output-Steuerung der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung. Dass hierbei allerdings ökonomische Outputs (Güter- und Umweltverbrauch, Vermögen und Kapitalerträge) und nicht mehr Werterschöpfungen selbst (Arbeit und unterneh-

merische Tätigkeit) abgeschöpft werden müssen, sollte auch von den Befürwortern eines Grundeinkommens deutlicher als bisher herausgehoben werden.

Das Grundeinkommen muss dabei als der nur geldwerte Teil einer Sozialdividende verstanden werden, die der Staat der Zukunft abschöpft und individualisiert auf seine Bürger als Bedingung zukünftiger Wertschöpfung in der Wissensökonomie zurückverteilt. Denn ergänzend wird es die Aufgabe neuer Institutionen des Staates sein, über den freien Zugang zu Wissen und Bildung, über die Bewegungs- und Repressionsfreiheit und auch über einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor, seinen Bürgern ebenso eine Wissens-, Freiheits- und Teilhabedividende zu garantieren.

Die Wissensgesellschaft der Zukunft könnte also, wieder in den Worten des Manifests ausgedrückt, eine Gesellschaft sein, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Tatsächlich steuert der Kapitalismus derzeit latent auf eine Art libertären Kommunismus zu („Kommunismus des Kapitals“ nennt dies der Philosoph Yann Moulier Boutang), der die bürgerliche Form aus sich selbst heraus überwindet, eine Entwicklung, die im Nachhinein die beschrittenen Umwege über Keynesianismus, Sozialdemokratie und Sozialismus als Sackgassen erscheinen und deren Krise und Niedergang nur allzu verständlich erscheinen lässt.

Allerdings bangen zurzeit gerade deshalb die meinungsbildenden Wortführer auf der Linken aus Gewerkschaften, Parteien und Wissenschaft um ihre Definitionshoheit

über die Politik und um die Glaubwürdigkeit ihrer Problemlösungskompetenzen. Dabei überspielen sie ihre Unfähigkeit abzuschließen und das vollkommen Neue identifizieren, annehmen und gestalten zu können, mit dem verzweifelten Festhalten an ökonomischen und politischen Ordnungsvorstellungen, von denen nur noch sie selbst als Funktionseliten wirklich profitieren. Es ist ein Widerstand von Technokraten und Funktionären, die sich vehement gegen die politische Verwirklichung des Individualisierungs- und Freiheitsschubes in der Folge des ökonomischen Vergesellschaftungsschubes stellen.

Für die Funktionsträger der politischen Linken wie für die der Gewerkschaften ist es im Grunde eine Peinlichkeit, dass sie sich von der eigenen Basis und Jugend oder von Unternehmern wie Götz Werner erst erzählen lassen müssen, dass eine

Gesellschaft im Umbruch gesellschaftspolitische Zielvorstellungen, in die Zukunft weisende Richtungsentscheidungen und eben auch Ideale braucht, um die im Umbruch schlummernden emanzipatorischen Potentiale überhaupt erst Wirklichkeit werden zu lassen und dass es eben nicht genügt, sich an den ohnehin brüchig gewordenen Errungenschaften der Vergangenheit festzuklammern. Und so ist es vor allem deren Mutlosigkeit, die erstaunt, die Mutlosigkeit, den qualitativen Sprung in eine freiere Gesellschaft endlich zu wagen und somit die Ideale von 1848 ein Stück wirklicher werden zu lassen.

*Zuerst veröffentlicht vom Netzwerk Grundeinkommen: [www.grundeinkommen.de/10/07/2007/die-gespenster-der-vergangenheit.html](http://www.grundeinkommen.de/10/07/2007/die-gespenster-der-vergangenheit.html)*

*Jutta Krellmann*

## **Das bedingungslose Grundeinkommen: ein trojanisches Pferd?**

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) klingt verlockend. Es wird in Aussicht gestellt, allen Bürgerinnen und Bürgern ein gleich hohes, ihre Existenz auf einem Mindestniveau sicherndes Grundeinkommen zu zahlen. Endlich müssen sich die Menschen keine Sorgen mehr um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen. Keiner wird mehr durch Hartz IV gedemütigt. Die Diskussion um das BGE ist wichtig. Wir müssen über das eigentliche Anliegen des Konzepts streiten. Vielleicht gelingt es uns sogar, gemeinsame

Lösungsansätze zu entwickeln. Gemeinsam ist Befürwortern und Gegnern des BGE innerhalb der Linken, dass wir es für notwendig erachten, für die tatsächliche Sicherstellung einer menschenwürdigen Existenz zu streiten. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass wir für ein anderes Verständnis von Arbeit kämpfen. Auch nicht marktwirtschaftlich verwertbare Arbeit gehört honoriert. Die soziale Reproduktion und Sorgearbeit müssen aufgewertet werden. Wir brauchen hohe Tariflöhne und es muss uns gelingen, die Freiräume



für Wirtschaftsformen abseits „des Marktes“ (Selbstversorgung, Kooperativen, Genossenschaften, etc.) auszuweiten. Das BGE ist zur Erreichung dieser Ziele nicht geeignet. Erst einmal eingeführt, ersetzt es unsere sozialen Sicherungssysteme, die zwar durch den Abbau der vergangenen Jahre unzureichend sind, die aber prinzipiell auf Solidarität, Sicherung des Lebensstandards und gleichzeitiger Mindestabsicherung beruhen. Den historisch gewachsenen und von Arbeiterinnen und Arbeitern erkämpften Sozialstaat würde es nicht mehr geben. Und die vom BGE an dessen Stelle erzeugte Gerechtigkeit ist nur vordergründig; am Ende aber entsolidarisierend. Denn es geht dem BGE eben nicht um die konkrete Bedürftigkeit und individuelle Bedarfe. Es erzeugt nicht mehr, sondern weniger soziale Sicherheit. Von Armut Betroffene werden nicht gezielt unterstützt, die Absicherung des Lebensstandards wird im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder im Alter nur über private Vorsorge möglich sein – und dies alles nur, damit nach dem Gießkannenprinzip ein Grundeinkommen gezahlt wird. Auch an Menschen, die es aufgrund ihrer sozialen Situation gar nicht benötigen. Dieser Ansatz überzeugt nicht. Auch das Bild, das BGE-Befürworterinnen und -befürworter häufig von der Rolle der Erwerbsarbeit zeichnen, ist eindimensional. Menschen arbeiten nicht nur, um ihre Existenz zu sichern. Arbeit, auch Erwerbsarbeit, ermöglicht zugleich soziale Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe, und sie ist identitätsstiftend. Es ist zudem nicht plausibel, dass der Gesellschaft perspektivisch die Arbeit ausgeht. Völlig unbeachtet bleibt darüber hinaus, dass derzeit viel gesellschaftlich notwendige Arbeit brach liegt, die aber

ein großes Beschäftigungspotenzial in sich birgt: es gibt zum Beispiel weder ausreichend Kinderbetreuungsmöglichkeiten, noch genügend Pflegekräfte. Viele andere soziale Dienstleistungen sind ebenfalls ausbaufähig. Ohne sich jetzt in Finanzierungsfragen zu verlieren, soll zumindest auf zwei Problembereiche hingewiesen werden: Der enorme Finanzbedarf eines BGE würde dazu führen, dass für viele andere gesellschaftlich wichtige Aufgaben weniger Mittel zur Verfügung stünden. Sei es eine bessere und wirklich armutsfeste Mindestsicherung entsprechend der tatsächlichen Bedarfe, seien es Investitionen in Infrastruktur und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Sei es der sozial-ökologische Umbau oder sei es eine bessere Bildung für Alle. Das zweite Problem ist: Das BGE und damit die Befreiung von der Erwerbsarbeit muss erwirtschaftet werden; wird das Ziel also erreicht, ist seine Umsetzung nicht mehr gesichert. Denn würden sich viele Menschen dafür entscheiden, sich nicht an Erwerbsarbeit und der Wertschöpfung zu beteiligen, könnte ein ausreichend hohes BGE nicht mehr finanziert werden. Nicht näher eingegangen werden soll an dieser Stelle auf die für die Finanzierung notwendigen zusätzlichen Belastungen der Mehrheit der Gesellschaft, und eben nicht nur der Reichen. Abgaben und Steuern müssten deutlich erhöht werden. Auf eines muss ich direkt verweisen: Das BGE wirkt auf dem Arbeitsmarkt wie ein flächendeckender Kombilohn. Niedrige Löhne und damit eine Entlastung der Kapitaleseite wären die Folgen. Dadurch werden Standards in der Arbeitswelt weiter bedroht, was nicht das Ziel der LINKEN sein kann. Im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit könnte die Kapitaleseite

immer auf das BGE verweisen. Gerade marktschwächere Beschäftigte würden die Konsequenzen einer weiteren Schwächung des solidarischen und kollektiven Handelns zu spüren bekommen. Es wundert daher nicht, dass es viele neoliberale Grundeinkommensmodelle gibt, die von Unternehmerinnen und Unternehmern vorangetrieben werden. Denn sie wären die eigentlichen Nutznießer. Ich plädiere dafür, die Verhältnisse radikal und kritisch zu analysieren. Unsere Lösungsvorschläge müssen die gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Wertvorstellungen mit in den Blick nehmen. Ein BGE, in unserem Sinne, geht an Beidem vorbei und öffnet damit neoliberalen Ideen Tür und Tor. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit durch Umverteilung. Umverteilung von Reichtum, aber auch von Arbeit. Das können wir nur erreichen, indem wir die organisierte Arbeiterschaft für uns gewinnen, von unseren Ideen überzeugen und gemeinsam für eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse eintreten. Lasst uns kämpfen für einen gut ausgestatteten Sozialstaat, der die Menschen vor Armut schützt, den Lebensstandard sichert und die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärkt. Sinnvoll wäre der

Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zu einer solidarischen Bürgerversicherung, verbunden mit einer bedarfsgerechten, armutsfesten und vor allem repressionsfreien Grundsicherung. Ich streite für Umverteilung: Umverteilung von Arbeit und Vermögen. Von beidem ist genug da – aber falsch verteilt. Dafür brauchen wir eine kollektive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Einführung einer Millionärsteuer. Ich streite dafür, dass niemand sich mit einem prekären Beschäftigungsverhältnis begnügen muss. Prekäre Arbeit ist ein Herrschafts- und Disziplinierungsinstrument. Ich streite für tarifliche Entlohnung und Flächentarifverträge, der Mindestlohn ist als Grenze nach unten wichtig, darf aber nur die Ausnahme sein. Und ich streite für mehr Mitbestimmung. Der Profitlogik des Kapitalismus wollen wir gute Arbeit und eine demokratische Wirtschaftsordnung entgegensetzen. Ich plädiere daher für einen starken Sozialstaat und ein neues Normalarbeitsverhältnis – planbare und unbefristete, gut bezahlte, sozial abgesicherte, selbstbestimmtere und demokratisch mitgestaltete Arbeit – FÜR ALLE.

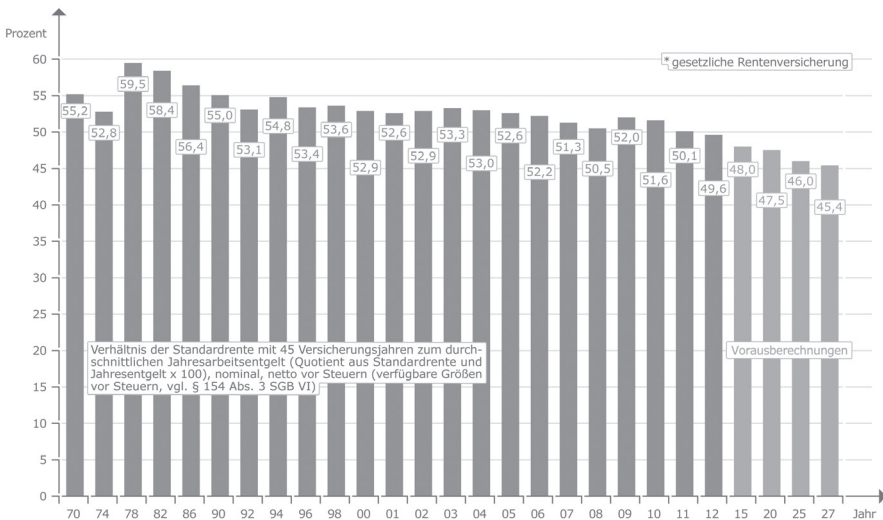
## Es stellt sich die Frage, in was für einer Gesellschaft wollen wir wie miteinander leben? Sie gehört unmittelbar zur Grundeinkommensdebatte.

Wie würde ein Grundeinkommen die Gesellschaft wandeln? Würde eine gesicherte Existenz das Interesse vom Leben in der Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellen? Ein Grundeinkommen würde die Neiddebatte beenden. Ein Grundeinkommen kann die Gleichstellung von Frau und Mann, zumindest auf wirtschaftlicher Ebene, voranbringen. Ich meine: als ersten Schritt brauchen dringend eine existenzsichernde Garantierente um Altersarmut entgegenzuwirken.

Das Rentenniveau ist auf einem Tiefstand angelangt und darf auf keinen Fall weiter fallen, 1977 entsprach die Standardrente noch 59,8 % (bisheriger Höchststand) des durchschnittlichen Jahresgehalts, seitdem ist das Rentenniveau stetig gesunken. Im Jahr 212 lag das Rentenniveau bei 49,6 %; das ist weniger als die Hälfte des Gehalts. Die gesetzliche Rentenversicherung ist das Alterungssicherungssystem in Deutschland. Deshalb ist es gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung wie hoch

### ■ Entwicklung des Standardrentenniveaus (RV\*)

Allgemeine Rentenversicherung, 1970 bis 2027



Quelle: Deutsche Rentenversicherung: [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de); BMAS: Rentenversicherungsbericht 2013  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
Bundeszentrale für politische Bildung, 2014, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



der Betrag der Rente zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter sein wird. Bis 2020 soll laut Rentenversicherungsbericht das Rentenniveau vor Steuern auf 47,5 % und im Jahr 2017 bereits auf 45,4 % fallen, und 2030 bereits bei 43 % liegen. (Quelle: [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61842/standardrentenniveau](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61842/standardrentenniveau))

Weil die gesetzliche Rentenversicherung gesellschaftspolitisch so wichtig ist, darf sich die Politik hier nicht zurückziehen, sondern muss der Altersarmut etwas entgegensetzen. Da reicht es bei weitem nicht aus Grundrenten für Beitragszahler\*innen, die mindestens 45 Jahre ins System eingezahlt haben, auszuarbeiten. Es gibt vielfältige Gründe warum manche Menschen nicht diese 45 Jahre ins Rentensystem einzahlen konnten.

Die Renten müssen jetzt stabilisiert werden und dazu muss in eine Bürgerversicherung eingezahlt werden. Dafür müssen langfristig auch alle Beamt\*innen und Abgeordneten, Freiberufler\*innen, Ärzt\*innen, Jurist\*innen usw. in die gesetzliche Rente einbezogen werden, alles andere ist nicht länger hinnehmbar. Es zahlt nur eine begrenzte Gruppe in die Sozialsysteme in Deutschland ein, nur Arbeitnehmer\*innen und Arbeiter\*innen und auch nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Die liegt derzeit bei 6500 Euro in Westdeutschland. Das heißt einkommensstärkere Bürger\*innen, Selbständige und Freiberufler\*innen müssen sich weniger bis gar nicht an der Solidargemeinschaft beteiligen. Auch z. B. Kapitaleinkommen müssen angemessen besteuert werden.

Ungleiche Chancen und Altersarmut können und müssen politisch verhindert werden, dazu müssen Macht- und Verteilungsfragen in unserer Gesellschaft diskutiert und beantwortet werden. Und die Politik ist aufgefordert schlaue und nachhaltige Konzepte zu entwickeln. Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdevolles Leben, von der Kindheit bis ins Alter! So muss auch der Start ins Leben ein gerechter werden, junge Menschen die ins Leben starten, unabhängig von der wirtschaftlichen Situation ihrer Herkunftsfamilie, müssen die Möglichkeit haben, ihre schulische oder berufliche Entwicklung individuell zu gestalten.

### **Ab welchem Alter soll man berechtigt sein ein Grundeinkommen zu erhalten?**

Meiner Meinung nach sollte jedes Kind ein Grundeinkommen erhalten, damit beim Start ins Leben Chancengleichheit besteht. Und nicht die wirtschaftliche Situation der Herkunftsfamilie allein darüber entscheidet, was dieses Kind für einen Lebensweg einschlägt bzw. einschlagen kann. Frühkindliche Förderung muss für alle möglich sein und darf nicht am Geldbeutel scheitern.

### **Hat ein Grundeinkommen Einfluss auf die Biografie?**

Es ist denkbar, dass es die Schul- und Ausbildungsorientierung positiv beeinflusst. Das zeigt zumindest die kanadische Studie „Mincome“. Alle 10.000 Einwohner\*innen der Gemeinde Dauphin erhielten in den 1970er Jahren über 4 Jahre das Bedingungslose Grundeinkommen, das war bisher das größte Experiment mit dem BGE. Evelyn

Forget, eine kanadische Professorin, begann 2009 mit der Auswertung der Akten. Sie veröffentlichte 2011 ihre ersten Ergebnisse: „Die Teilnehmer\*innen mussten seltener zum Arzt – vor allem die Besuche aufgrund psychischer Beschwerden gingen zurück. Außerdem entschieden sich mehr Teenager dafür, die 12. Klasse zu besuchen“, heißt es in der Studie „Die Stadt ohne Armut“.

### **Was machen prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit den Menschen?**

Es gibt nichts Besseres als Sicherheit, wenn man in die Zukunft vertrauen kann und ein Grundeinkommen bietet diese Sicherheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse hingegen schaffen unsichere Perspektiven und damit ein unsicheres Leben. Je mehr Kontrolle, desto misstrauischer werden die Menschen anderen und natürlich irgendwann sich selbst gegenüber und das zerstört langfristig Selbstvertrauen. 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland erhalten Leistungen nach SGB II oder Grundsicherung im Alter. Bundesweit gibt es gegen rund 3 Prozent der ALG II-Bezieher\*innen Sanktionen, in der Region Hannover sind es 2,3 %, ein Großteil davon hat lediglich einen Termin auf dem Amt verpasst. Die Sanktionen aber treffen alle, weil damit Klischees und Diskriminierungen gegenüber Arbeitssuchenden geprägt und gepflegt werden sollen.

Selbst junge Menschen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz müssen monatlich diverse Bewerbungsnachweise erbringen, sonst drohen Sanktionen. Was macht das mit einem Menschen?

Wieviel Druck kann so ein junger Mensch aushalten und wieviel Absagen kann ein Mensch aushalten Monat für Monat? Die Aufgabe des Staates sollte nicht darin bestehen die Menschen auf den Ämtern zu verwalten oder zu bevormunden, sondern darin, ihnen finanzielle Freiräume zu schaffen, um ihnen einen selbstbestimmten Lebensweg zu ermöglichen, der Potentialentfaltung schafft. Es geht hier auch um die Existenz vieler Familien und damit um den **sozialen Frieden**. Aus Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ...“ leitet sich für mich ab, dass wir nicht unter das soziologisch-kulturelle Existenzminimum kürzen dürfen. Auch deswegen müssen Sanktionen umgehend abgeschafft werden.

Es wird höchste Zeit die Debatte zu **Strukturveränderungen in unserem Sozialsystem** voranzubringen, Sicherheit für Familien, alleinerziehende und ältere Menschen zu schaffen, denn nachdem sie der Gesellschaft viel gegeben haben sind sie oft von Armut betroffen. Ein Grundeinkommen befreit von Existenzsorgen, und so könnte jeder Mensch das machen, was sie/er gut kann und woran er oder sie Spaß hat. Das geht nicht, wenn Existenzsorgen, also die Sorge um das Geld, das Leben bestimmen. Mit einem Grundeinkommen könnten die Menschen sich z. B. kulturell entfalten, sich sozial engagieren und die meisten würden dies auch tun, das zeigt das ehrenamtliche Engagement das wir bereits heute haben, von Menschen die sich das leisten können.

Welches Modell es letztendlich wird muss von Ökonomen errechnet werden, ich könnte mir ein System mit einer Negativbesteuerung gut vorstellen.

## Industrie 4.0 und der Arbeitsfetisch

Erst, wenn sich eine Linke die Frage stellt, warum es denn ein Fluch ist, dass Lohnarbeitsverhältnisse durch Maschinen überflüssig werden und welche Verhältnisse hergestellt werden müssen, dass man darüber froh sein kann, wenn Maschinen stupide, oft krankmachende Lohnarbeit übernehmen, ist sie auf der Höhe der Zeit. Die Orientierungsnot der Linken erwächst unmittelbar aus ihrer historischen Leistung. Es war vornehmlich die Linke, die an der Seite von Gewerkschaften um Löhne stritt, die Wachstums- und Produktivitätsgewinne zumindest anteilig als Einkommen für Lohnabhängige realisierten, die den Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages anführte und das Arbeitsverhältnis mit sozialen Garantien versah. Der Bruch mit der Verarmung der arbeitenden Massen sowie die Geburt der Lohnabhängigen als sich ihrer selbst bewussten Klasse sind unbestreitbar ihr Verdienst. Ob dieser Historischen Leistung besitzt die Linke eine besondere Sicht auf „die Lohnarbeit“. Verkürzt, aber treffend ist es die Erzählung, dass Arbeit nicht alles ist, aber ohne Arbeit kein gelungenes Leben, keine wirkliche und aktive Einbeziehung des Menschen in die Gesellschaft möglich ist. Daraus folgte, dass der hauptsächlichliche Akzent linker Kämpfe auf der Befreiung des Menschen in der Arbeit, durch Arbeit lag und noch liegt. Die Linke hat die Emanzipation der Lohnabhängigen durch eine Aufwertung der Arbeit bewerkstelligt, und zwar in jeder Hinsicht, moralisch, materiell, sozial, und dieses Fazit halten ihre heutigen Erben fest. Alle, die das wollen oder nötig haben,

sollen ihr Leben durch Arbeit begründen können und zwar durch eine Arbeit, die das Leben ökonomisch trägt und das Individuum langfristig in die Gesellschaft eingliedert. Verkürzt erfolgt dies durch „gute Arbeit“ statt durch bloße Arbeit.

Das historische Problem an diesem Punkt ist: Für alle reichte die „gute Arbeit“ nie. Selbst in Zeiten der Vollbeschäftigung gab es Lohnarbeiter\*innen, die von ihrem Lohn nicht wirklich leben konnten. Auch wenn es vielen in der Linken schwer fällt, weil es auf ihre Verklärung der Zeit der Vollbeschäftigung in den 1960er Jahren einen Schatten der Realität wirft, aber die „Working Poor“ sind kein Produkt der Agenda 2010 sondern ein dem Kapitalismus innewohnender Moment. Richtig ist, dass seit Beginn der 1970er Jahre massiver Zuwachs der prekären und nicht existenzsichernden Beschäftigung zu sehen ist. Der Arbeitsmarkt hat sich strukturell deutlich gewandelt, weg vom Normalarbeitsverhältnis in Vollzeit, hin zu oft unfreiwilliger Teilzeit und Nebenjobs, um über die Runden zu kommen. Der Arbeitsmarkt wird unter den aktuellen Bedingungen auch nicht imstande sein allen Menschen ein Normalarbeitsverhältnis in Vollzeit zu verschaffen, die derzeit von ihm ausgeschlossen sind. Wahrscheinlich ist das glatte Gegenteil der Fall. Der technologische Fortschritt wird ebenso wenig erlahmen wie die durch Konkurrenz angespornten betrieblichen Rationalisierungsprozesse, und der Konkurrenzkreis selbst dürfte an Umfang in Zukunft noch gewinnen.

Roboter und künstliche Intelligenz werden viele Jobs überflüssig machen. 3D-Drucker, Drohnen, Automatisierung der Pflege, selbstfahrende Autos und Technisierung von Callcenter durch Spracherkennungssysteme sind Beispiele, die jetzt schon in der Realität angekommen sind. Bereits heute kommunizieren wir komplett anders, als wir das vor 15 Jahren gemacht haben. Sicher ist: Was automatisierbar ist, wird auch automatisiert, wenn es Profite schafft. Dabei sind es nicht nur die „einfachen Jobs“, die von Maschinen übernommen werden. Auch klassische Bürojobs, die von Akademikern gemacht werden, sind betroffen: Anwälte, Banker, Analysten, Buchhalter, Journalisten, Architekten und Berater. Auch in Gebieten, in denen eine Robotisierung undenkbar erschien wie in der Pflege oder in Bildung und Wissenschaft, hat sie Einzug gehalten und wird verstärkt menschliche Jobs bedrohen. Im Prinzip sind fast alle Bereiche der klassischen Lohnarbeit von der Automatisierung betroffen. Die Fast-Food-Kette McDonald's installiert in ihren weltweiten Filialen gerade Tausende Easy-Order-Automaten. Die Kunden geben ihre Bestellung am Touchscreen auf, bezahlen sie am Automaten und holen sich am Verkaufstresen ihr Essen ab. McDonald's kann dadurch Hunderte der ohnehin sittenwidrig bezahlten Jobs streichen. Am anderen Ende der Fahnenstange werden nun selbst Rechtsanwälte gefeuert. In den USA übernehmen sogenannte E-Discovery-Programme – eine komplexe und lernfähige Software – immer mehr Rechercharbeiten, wo vormals Rechtsanwälte in Aktenbergen und Gerichtsurteilen wühlten. Doch sind tatsächlich die Maschinen und Roboter

ein Problem? Oder ist es nicht vielmehr eine Gesellschaftsordnung, die die technische Entwicklung zum Nachteil der gesamten Bevölkerung einzusetzen?

Der technische Fortschritt könnte im Prinzip etwas sehr Gutes sein, wenn Maschinen den Menschen die schweren, gesundheitsschädlichen oder langweiligen Tätigkeiten abnehmen würden. Die Arbeits- und Lebensqualität könnte dadurch für alle Arbeiter\*innen steigen. Auf der Grundlage einer hochmodernen Technik könnte man die Arbeitszeit für alle verkürzen und es entstände für jeden der Freiraum, sich weiterzubilden, sich aktiv um politische Belange zu kümmern, sich künstlerisch und wissenschaftlich zu betätigen. Wenn ein Roboter meinen Job schneller und besser erledigen könnte als ich, warum nicht?

Zum Problem wird die technische Entwicklung für die Arbeiter\*innen einzig deshalb, weil die Maschinen nicht der Gesellschaft gehören, sondern einigen wenigen, die sie dafür benutzen, Profit zu erwirtschaften. Ein kapitalistischer Industriebetrieb kann seinen Profit steigern, wenn er Arbeiter\*innen durch Maschinen ersetzt. Und genau dieses Prinzip hat die Entwicklung der Arbeitswelt in den letzten hundert Jahren bestimmt. Das Privateigentum an den Robotern, Computern und allen anderen Produktionsmitteln ist also der Grund dafür, wenn diese das Leben der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern, anstatt es zu verbessern. Wir könnten die technische Entwicklung dafür nutzen, die Diskussion darüber zu beginnen, ob Menschen nicht tatsächlich etwas viel Schöneres als Lohnarbeit machen könnten und dass für viele nicht das

Problem der Verlust der Lohnarbeit, sondern das Fallen ins Hartz IV-System ist.

Hier stoßen wir aber auf ein Problem, an dessen Konstruktion die Linke mitbeteiligt ist. Die Arbeit bestimmt unseren sozialen Stellenwert: Sag mir, was du arbeitest – und ich sag dir, wer du bist. Wer aber nichts „macht“ und offen sagt, dass er keinen Bock hat zu arbeiten und dass mitnichten jede Arbeit besser ist als keine Arbeit, der steht im Generalverdacht, zu verlottern und andere dazu anzustiften, es gleichzutun – mit dem Endergebnis, dass die ganze fleißige Gesellschaft in den Abgrund stürzt. Das Mantra des, auch linken, Arbeitsfetischismus, es lautet: Ich arbeite, also bin ich. Der Arbeitsfetisch ist tief in die DNA der Menschen in unserem Land eingeschrieben, von Kindesbeinen an wird er uns eingetrichtert. Es scheint so, dass die Arbeit an sich schon einen Wert in Deutschland hat, völlig unabhängig von ihrer Art oder inhaltlichen Ausrichtung. Wer bezahlter Arbeit nachgeht ist zumindest nicht faul oder liegt jemandem, meist dem Staat, auf der Tasche, so wird im Volksmund und an den Stammtischen gern gesagt. Demzufolge verspricht Lohnarbeit, Status, Lebenszweck, Würde sowie Glück und Zufriedenheit des Einzelnen. Und obwohl Armutslöhne, Selbstausbeutung sowie die Anforderungen an Flexibilität und Mobilität in Deutschland stark zugenommen haben, so ist der Glaube, dass Lohnarbeit ein alternativloser Lebenszweck ist, weiterhin sehr stark.

### **Linker Arbeitsfetischismus**

Den linken Arbeitsfetischismus bringt der Slogan „Gutes Geld für gute Arbeit“ zum Ausdruck. Warum? Die Gleichset-

zung drückt zunächst die Feststellung aus, dass schlechte Arbeit – prekäre Beschäftigung – keine guten Löhne zahlt. Und dass momentan selbst für gute Arbeit keine guten Löhne gezahlt würden. Es impliziert zudem den politischen Anspruch, dass schlechte wieder zu guter Arbeit werden und für gute Arbeit auch wieder gutes Geld gezahlt werden soll. Schließlich aber drückt der Spruch invers aus: Für keine Arbeit kein Geld. Und zwar als normative Forderung. Gerichtet ist das, natürlich, gegen die Profiteure, die von der Arbeit der anderen leben würden. Das geht zurück auf Marx, der in seiner Arbeitswertlehre zeigt, dass ohne die strukturelle Ausbeutung der Arbeit kein sogenannter Mehrwert entstünde, der sich als Kapital selbstständig machen könnte. So scheint es naheliegend, dass aller Wert durch Arbeit statt Kapital entsteht und der Kapitalist (als Person – bei Marx tritt er wohlweislich nur als Charaktermaske auf) nur der böse unproduktive Schmarotzer ist. Das meint dann aber genauso den Faulpelz, der nicht arbeitet. Wenn nur Arbeit Wert schafft, ist der Nichtarbeitende wertlos.

Dieser Arbeitsfetisch war stets dem Vulgärmarxismus inhärent, für diese Glorifizierung der Arbeit(er) verriß Marx schon das 1875 verabschiedete Gothaer Programm der SPD. Denn der Fetisch basiert auf einem Missverständnis. Marx spricht zwar davon, dass ohne lebendige Arbeitskraft kein Wert entstünde. Aber nach seiner Theorie ist es nicht die Kategorie Arbeit, die Wert schafft, sondern die im Geld vermittelte gesellschaftliche Tauschrelation. Eine nicht getauschte Ware hat keinen Wert. Ohne kapitalistische Zustände lässt sich überhaupt nicht



davon sprechen. Die Formel von Marx war deshalb: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Bei den Parteilinken aber ist das Kapital und die Knechtschaft in der Parole „Gutes Geld für gute Arbeit“ stets implizit mitgesetzt.

## **Fortschritt und weniger Arbeit für alle**

Wollen wir Fortschritt und weniger Arbeit für alle? Oder doch in 60-Stunden-Wochen schuften bis ins Grab? Wollen wir Produziertes nach Bedarf verteilen? Oder sollen Kapitalisten, die wir nicht mal kennen, jedes Jahr weiter Hunderttausende Tonnen Lebensmittel vernichten, um die Preise oben zu halten? Wollen wir Zeit zum Nachdenken und für Innovation oder Dauermalocher, die uns Abend für Abend todmüde ins Bett fallen lässt? Wollen wir Beschäftigungstherapie a la 58 plus oder lieber kreativ sein? Wollen wir das letzte Öl, das letzte Gas, die letzte Kohle aus der Erde holen, damit noch einer dran verdienen kann? Oder wäre es sinnvoller, endlich Wind, Wasser, Sonne zu nutzen? Wollen wir uns weiter um die Kosten für wissenschaftliche Projekte streiten oder es einfach tun? Wollen wir weiter gegeneinander konkurrieren, statt zu kooperieren? Nach Marx ist die Arbeit im Sinne eines selbsttätigen, schöpferischen und kreativen Aktes, der Naturzustand des Menschen. Denn diese Arbeit stellt zugleich Identität und Sinnstiftung her, die Arbeit im Kapitalismus sei jedoch vom Arbeiter entfremdet. Die Arbeit ist jedoch für den Menschen da und nicht der Mensch für die Arbeit. Genau an diesem Gedanken müsste eine linke Praxis ansetzen.

## Der Arbeitsfetisch und das Bedingungslose Grundeinkommen

„Was arbeitet Deine Frau?“ begann ein Dialog, der kürzlich auf Twitter wiedergegeben wurde. „Nichts. Sie ist Hausfrau. Sie kümmert sich um Haushalt und Kinder. Meine Eltern wohnen auch bei uns und brauchen Hilfe.“ Der Dialog zeigt etwas Typisches: unbezahlte Arbeit wird viel zu oft überhaupt nicht als Arbeit wahrgenommen. Im Jahr 2013 wurden laut Statistischem Bundesamt 89 Mrd Stunden unbezahlte Arbeit geleistet, 23 Mrd Stunden mehr als bezahlte Erwerbsarbeit (66 Mrd Stunden). Wenn man bezahlte und unbezahlte Arbeit bewerten würde, entspräche die unbezahlte Arbeit 1.814 Milliarden Euro, etwa 39 Prozent der jährlichen Bruttowertschöpfung<sup>1</sup>. Die unsichtbare Arbeit hält unsere Gesellschaft am Laufen. Würden wir nur noch für Geld arbeiten, brähe alles zusammen.

Unbezahlte Arbeit ist nicht nur Hausarbeit, sondern auch Care-Arbeit und vielfältige Ehrenämter, den Löwenanteil leisten Frauen. Rechnet man bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen, arbeiten Frauen etwas mehr pro Woche als Männer, ihr Anteil für unbezahlte Fürsorgearbeit ist aber dabei 2,4 Mal so hoch wie der von Männern, der für Hausarbeit 1,6 Mal so hoch.<sup>2</sup> Dennoch gelten Männer als wichtigere Leistungsträger der Gesellschaft, denn relevant dafür scheint nur bezahlte

Arbeit zu sein, für die Frauen aufgrund der Ungleichverteilung von unbezahlter Arbeit weniger Zeit übrig haben. So zementiert die Ungleichbewertung bezahlter versus unbezahlter Arbeit die Benachteiligung von Frauen und trägt dazu bei, dass die gleiche Arbeit, wenn sie bezahlt wird aber sonst vorwiegend von Frauen unbezahlt erledigt wird (Haushalts- und Care-Arbeit), schlechter bezahlt wird, als eher männlich konnotierte Arbeit.

Wer keine bezahlte Arbeit hat, zählt als Verlierer\*in, die\*der der Gesellschaft auf der Tasche liegt, oder es heißt, er oder sie „macht nichts“, wie im anfangs beschriebenen Beispiel. Der einseitige Fokus auf bezahlte Erwerbstätigkeit ist nicht so alt, wie man denken könnte. Erst seit Beginn der ersten industriellen Revolution sind wir als Erwerbsgesellschaft organisiert, in der Lohnarbeit eine dominante Rolle spielt. Jahrtausende Menschheitsgeschichte war das nicht der Fall und immer noch gibt es Kulturen, die anders sind. Im Kapitalismus jedoch ist der Durchschnittsmensch gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen.

Sein größter Erfolg ist, dass selbst einige Linke das Verkaufen der eigenen Arbeitskraft für ein besonders erstrebenswertes Ziel an sich halten, da auch

1. Quelle: Norbert Schwarz: „Wert der unbezahlten Arbeit – Das Satellitensystem Haushaltsproduktion“, Statistisches Bundesamt, Ergebniskonferenz zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013, 5./6.10.2016

2. Quelle: [www.boeckler.de/108549\\_108559.htm](http://www.boeckler.de/108549_108559.htm)

sie den Wert eines Menschen mit einer bezahlten Erwerbstätigkeit zwingend verknüpfen. Genau diese Verknüpfung dient dann als Argument gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Dabei werden Argumente bemüht, die nichts mit Geld zu tun haben, etwa dass der Mensch die (bezahlte) Arbeit braucht, um sich nützlich zu fühlen, Anerkennung zu erhalten, soziale Beziehungen zu pflegen, sich weiterzuentwickeln und seinen Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Wer ohne Vorurteile nachdenkt, wird schnell feststellen, dass es für all diese Aspekte keine bezahlte Arbeit braucht.

Vergleichen wir eine Person, die für Geld nachts Büros putzt und eine Person, die unbezahlt in einer Flüchtlingsinitiative tätig ist, Deutsch unterrichtet, bei Beamtengehängen oder bei Bewerbungsschreibern hilft. Wer will behaupten, dass wer Geflüchteten hilft, sich weniger nützlich fühlt, weniger Anerkennung erhält, bei der Arbeit weniger soziale Beziehungen pflegt und weniger Neues lernt als der Mensch, der nachts Büros putzt? Gewiss ist die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit allgemein längst nicht so, wie sie sein sollte. Aber diese für unsere Gesellschaft wichtige Arbeits- (und in diesem Fall auch Integrations-)leistung für weniger relevant und sinnstiftend zu halten, nur weil sie keinen Marktpreis hat, ist die Übernahme kapitalistischer Marktwerttheorien und hat mit linken Werten wenig zu tun.

Außerdem erfüllen viele Arbeitsverhältnisse nicht die Ansprüche, die die Verteidiger\*innen der Lohnarbeit damit verbinden. Sie sind weder sinnstiftend, noch bieten sie Entfaltungsmöglichkeiten und oft finden sie unter Verhältnissen

statt, die sich Arbeitnehmer\*innen nur aus Existenzangst gefallen lassen und weil Hartz IV und soziale Entwertung drohen, wenn sie ein noch so unerträgliches Arbeitsverhältnis kündigen. Gerade die schwächsten Akteur\*innen im Arbeitsmarkt sind am leichtesten erpressbar, was sowohl von Arbeitgebern als auch von staatlichen Institutionen ausgenutzt wird. Wer Angst hat, muckt nicht auf und lässt sich leichter ausbeuten. Nichts davon ist gut und erhaltenswert.

Fakt ist, dass über vier Millionen erwerbsfähige Menschen im Juni 2018 leistungsberechtigt waren, von denen mehr als eine Million Bezieher\*innen von Grundsicherung sogar arbeiteten, mehr als 200.000 in Vollzeit! Was sind das für Arbeitsverhältnisse, bei denen man in Vollzeitarbeit Hartz IV braucht? Es sind Arbeitsverhältnisse, die durch Hartz IV erst möglich werden.

Die Frage, was Hartz IV für Menschen bedeutet, ist wichtig, nicht nur für die 18 Millionen Menschen, die in den letzten zehn Jahren Hartz IV bezogen haben, sondern auch für alle die, die Angst vor dem Abstieg in die Grundsicherung haben. Hartz IV ist längst ein Synonym für die Entwertung der eigenen Lebensleistung, für Versagertum, dem-Staat-auf-der-Tasche-liegen, für eingeschränkte soziale Teilhabe, geringere Zukunftschancen eigener Kinder, für schlechtere Gesundheit und einen früheren Tod. Hartz IV steht auch für Erniedrigung auf dem Amt, das Aufgeben der Privatsphäre, für Amts-Willkür, massenhafte (oft rechtswidrige) Sanktionen, die auch Mietkosten betreffen können und manchmal Ursache für Zwangsräumungen sind. Auch

Familien mit Kindern gehören zu den von Sanktionen betroffenen Haushalten.

Wäre das Grundgesetz ein Mensch, schlänge ihn Hartz IV mitten ins Gesicht und verletzte Artikel 1, der die Würde des Menschen als unantastbar bezeichnet. Für manche ist Hartz IV ein so unerträglicher Gedanke, dass sie lieber trotz Armut darauf verzichten, andere ertragen inakzeptable Arbeitsverhältnisse weiter, nur um nicht auf Hartz IV angewiesen zu sein.

Links sein muss deshalb mehr bedeuten, als nur für sanktionsfreie Mindestsicherung zu kämpfen, denn viele der erniedrigenden Faktoren gelten auch dann noch. Was wir brauchen, ist eine soziale Revolution, die Schluss macht mit der Verknüpfung vom Wert eines Menschen mit dem Fakt, ob er oder sie für Geld arbeitet. Der Wert eines Menschen darf nicht davon abhängen, ob man in eine kapitalistische Verwertungslogik passt, denn auch wer bei Wikipedia Artikel schreibt, um das frei zugängliche Wissen der Welt zu mehren, wer Open Source Anwendungen programmiert und frei zur Verfügung stellt, wer Kinder betreut, ehrenamtlich in Kommunalpolitik, Jugendarbeit oder Sportvereinen aktiv ist, aber auch wer für die Familie kocht, Socken strickt, Müll trennt oder im Garten Tomaten anbaut, leistet Arbeit und verdient Anerkennung.

Absurderweise werden ja sogar identische Aufgaben unterschiedlich bewertet, je nach dem, ob sie bezahlt sind oder nicht. Kochen, Putzen oder Gärtnern sind auch bezahlte Dienstleistungen, aber wer sie unbezahlt macht, soll weniger wert sein, als jemand, der das für Dritte tut? Das entbehrt jeder Logik, aber dieses Denken

steckt auch hinter der Aussage des linken Armutforschers Christoph Butterwegge, der in einem Artikel des Vorwärts von der Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch das Bedingungslose Grundeinkommen schreibt: „In einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Berufstätigkeit.“ Ich könnte damit leben, wenn er das nur als Beschreibung des Status quo gemeint hätte. Er meint es aber als einen Zustand, der erhaltenswert ist und den das bedingungslose Grundeinkommen unterminiert. In aller Konsequenz bedeutet das, alle die oben beschriebenen negativen Auswirkungen ebenfalls beizubehalten.

Ich finde den Status Quo schon jetzt unerträglich, was diesen Denkansatz aber künftig noch gefährlicher macht, ist die schlichte Tatsache, dass die digitale Revolution zu einer Erosion des Arbeitsmarktes führen wird, mit unvorstellbaren Turbulenzen, verursacht durch drei parallele Veränderungen: Erstens, Wegfall von Millionen Arbeitsplätzen in Berufen, die flächendeckend aussterben. Ein einfaches Beispiel sind die 800.000 Berufskraftfahrer\*innen in Deutschland, die in 10-20 Jahren durch autonome Autos überflüssig werden. Schwerer vorstellbar aber genauso realistisch ist der Wegfall von Industriebjobs durch mehr Robotik und Arbeitsplätzen in Dienstleistungen – von Kanzleien über Buchhaltungen und Laboren bis zu Schreibstuben – durch Software, deren Einsatzmöglichkeiten durch die Weiterentwicklung von künstlicher Intelligenz erheblich steigen.

Die gleichen Veränderungen führen zweitens dazu, dass weitere Millionen

von Arbeitsplätzen künftig so anders sein werden, dass es zu einer massenhaften Entwertung beruflicher Qualifikationen kommt. Dann gibt es ein Berufsbild noch dem Namen nach, aber Aufgabeninhalte und die Art ihrer Erledigung sind völlig anders.

Drittens entstehen neue Berufe, für die es nicht genug Ausgebildete gibt. Ihre Anzahl wird jedoch nicht ansatzweise den Wegfall von Arbeitsplätzen in kommenden Jahrzehnten ausgleichen. Wer verkennt, dass diese industrielle Revolution in wesentlichen Aspekten anders ist, als die bisherigen industriellen Revolutionen, versteht sie nicht hinreichend und/oder lässt sich vom aktuellen Fachkräftemangel und dem Gerede von fast erreichter Vollbeschäftigung blenden. Fakt ist, dass seit 1991 bis 2017 das tatsächliche durchschnittliche Arbeitsvolumen pro Erwerbstätigen in Deutschland um fast 13 Prozent gesunken ist. Die Arbeit wird einfach auf immer mehr Köpfe verteilt, findet immer häufiger unter prekären Verhältnissen statt, und viel zu oft steht am Ende eines langen Arbeitslebens eine Rente unter der Armutsgrenze (da sind wir wieder bei Hartz IV). So eine Welt ist ungerecht und unsozial, sie wird künftig noch ungerechter und unsozialer sein, wenn wir nicht endlich strukturell etwas verändern.

Ein wesentlicher Baustein der notwendigen sozialen Revolution ist das bedingungslose Grundeinkommen, denn es nimmt die Angst und die Erpressbarkeit aus dem System, fügt ihm aber mehr individuelle Freiheit und mehr Spielräume

für Anpassungsmöglichkeiten hinzu. Niemand muss Existenzangst wegen Digitalisierung haben, wenn ein BGE als verlässliches Sicherheitsnetz dient. Auszeiten für Weiterbildungen oder Umschulungen kann man sich mit BGE leisten. Dann steigt auch der Stellenwert unbezahlter Arbeit, weil dann jede Arbeit irgendwie bezahlte Arbeit ist, schließlich könnte man das BGE interpretieren als Bezahlung für alles, was man macht. Auch Machtverhältnisse verändern sich, denn in einer Welt, in der sich das BGE mit weniger bezahlter Erwerbstätigkeit kombiniert, lassen sich Arbeitnehmerrechte leichter durchsetzen, weil niemand mehr Hungerlöhne oder miese Arbeitsbedingungen aus Existenzangst akzeptieren muss. So wird die Verhandlungsmacht für Arbeitnehmer\*innen höher, als sie jemals war und auch ein Absenken der Wochenarbeitszeiten ermöglichen. Weniger für Geld arbeiten wird keine Bedrohung mehr sein, sondern ein erstrebenswertes Ziel, in dem wir mehr Zeit für alles das haben, was unser Leben sonst so ausmacht, ohne dass uns Entwürdigung oder Altersarmut drohen. Mit der Digitalisierung haben wir erstmalig eine realistische Chance, uns vom Zwang, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, zu befreien, weil Software, Roboter und Co. künftig einen Großteil der Wertschöpfung erbringen – aber nur, wenn wir den großen Sprung der Umverteilung schaffen und verhindern, dass nur wenige sich die Früchte dieser Wertschöpfung in die Tasche stecken. Für eine solche positive, linke Zukunftsvision lohnt es sich zu kämpfen!

## Vom wundersamen Aufstieg der Arbeit und deren Hinterfragung

In der Antike galt Arbeit als die niedrigste aller Tätigkeiten. Eine Tätigkeit, die zwar notwendig war, aber die Menschen vom Menschsein abhielt. Stattdessen erfreute sich die kontemplative Lebensweise der Philosophen, also das Erforschen, Schauen und Denken, der höchsten Anerkennung. Noch bei dem Römer Cato heißt es: „Nunquam se plus agere quam nihil cum ageret“ – Niemals ist man tätiger, als wenn man dem äußeren Anschein nach nichts tut.<sup>1</sup> Heute hingegen hat eine Ideologie die Oberhand gewonnen, wonach Sinn und Zweck menschlichen Daseins vor allem in der Arbeit besteht.

Wie kam es zu diesem wundersamen Aufstieg der Arbeit von der untersten und verachteten zur scheinbar höchsten Stufe menschlichen Daseins? Denkt man an das berühmte Zitat des Apostels Paulus: „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“<sup>2</sup>, könnte man meinen, dieser Paradigmenwechsel sei womöglich der christlichen Lehre geschuldet. Doch die Bibel ist ambivalent, wenn es um den Stellenwert von Arbeit geht. Dies zeigt ein Blick in die Bergpredigt: „Seht die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht

in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch: Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?“ Und weiter: „Und warum sorgt ihr Euch um die Kleidung? Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht.“<sup>3</sup> Es finden sich also in der Bibel sowohl Zitate für die Glorifizierung von Arbeit als auch für das bedingungslose Anrecht auf Nahrung und Kleidung. Und schließlich, so die Bibel, wurde der Mensch als Abbild Gottes erschaffen. Dieser theologische Grundgedanke führt in letzter Konsequenz dazu, dass das Recht auf Überleben nicht an eine vorher zu erbringende Leistung gebunden ist. Der Schlüssel zur Verherrlichung der Arbeit liegt also nicht in der christlichen Lehre. Die Glorifizierung von Arbeit ist vielmehr eine Erfindung der Moderne. Darin sind sich zwei große philosophische Köpfe des 20. Jahrhunderts einig: die in Hannover geborene Publizistin und Gelehrte Hannah Arendt sowie der in Wien geborene Vordenker der postindustriellen Gesellschaft André Gorz. Erst in der Neuzeit, im 17. Jahrhundert, setzte die Verherrlichung der Arbeit ein.<sup>4</sup> Hannah Arendt zufolge begann alles damit, dass der englische Philosoph John Locke die

1. Zitiert nach Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981.

Piper Verlag. S. 415.

2. 2. Brief von Paulus an die Thessalonicher, 3,10.

3. Matthäus 6, 26-28.

4. Vgl. dazu: Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981. Piper Verlag; André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Hg. v. Ulrich Beck. Frankfurt am Main 2000. Suhrkamp Verlag.

Arbeit zur Quelle bzw. zum Ursprung des Eigentums ernannte. Locke führt dabei aus, dass die Arbeit des Körpers und das Werk der Hände Mittel sind, um sich das anzueignen, was Gott allen Menschen gegeben hat und zwar für seinen privaten Gebrauch. Hannah Arendt fasst die Lockesche Argumentation wie folgt zusammen: „Worum es ihm ging, war, eine Tätigkeit zu finden, die von sich selbst, aneignenden Charakter hat, die sich der Dinge der Welt bemächtigt und dennoch ganz privat bleiben kann.“ John Locke gründe das Recht des Erwerbs von Privateigentum auf „das Eigentumsrecht an dem eigenen Körper“ – so Arendt – „der in der Tat das Eigenste und Privateste ist, was der Mensch, besitzen kann.“<sup>5</sup> John Locke ging es bei der Verherrlichung von Arbeit also vor allem um eines: um die Rechtfertigung des Privateigentums. Dieses historische Beispiel zeigt, wie der Stellenwert von Arbeit durch konkrete Interessenlagen gesteuert wird. Es lohnt sich also, einen Blick darauf zu werfen, ob die konkrete Arbeit jeweils überhaupt die mit ihr verbundenen Erwartungen erfüllt. Diese Frage zu stellen, ist ein wichtiger Schritt zur Befreiung der eigenen Urteilskraft von Fremdsteuerung.

Fakt ist: Menschen haben ein Bedürfnis danach zu werken, zu wirken und zu handeln. Dieses Bedürfnis kann in der Erwerbsarbeit seine Erfüllung finden – muss aber nicht. Fakt ist auch: Menschen brauchen ein Einkommen. Dies kann auf dem Wege von Erwerbsarbeitseinkommen erreicht werden – muss es aber nicht. In Zeiten der zunehmenden Unsicherheit und der sinkenden Reallöhne wird es

immer schwieriger, sich ein sicheres Einkommen über bezahlte Arbeit zu sichern. Die Wirtschaftseliten und die ihnen ergebene Politik führen diese Schwierigkeit auf einen „Mangel an Arbeit“ zurück. Ich meine jedoch mit André Gorz, diese Argumentation dient der Verdunkelung der wirklichen Situation. Denn: „Sichtlich mangelt es nicht an Arbeit, sondern an der Verteilung des Reichtums, für dessen Erwirtschaftung das Kapital immer weniger Arbeit braucht.“<sup>6</sup>

Nun ist mir bewusst, dass Erwerbslosigkeit wider Willen mit großen Problemen verbunden ist. Die Sorgen und Nöte von Menschen, die faktisch zur Erwerbslosigkeit gezwungen werden, sind nicht einfach so kleinzureden. Trotzdem lohnt es, bei der Analyse des Problems einen Schritt zurückzutreten und zu fragen, warum Arbeit in unserem Leben so unverzichtbar erscheint. Was verbinden wir mit Erwerbsarbeit? Ein Job erscheint vielen als unverzichtbar für ein erfülltes Leben, weil er verbunden ist – beziehungsweise verbunden sein sollte – mit Einkommen, Anerkennung, sozialen Kontakten und Selbstverwirklichung. Der Arbeitsplatz an sich ist also nur das Mittel zum Zweck. Wenn Arbeit an sich kein Selbstzweck ist, dann stellt sich die Frage, ob Arbeit heute überhaupt noch die in sie gesteckten Erwartungen erfüllt. Zweifelsohne kann Arbeit für viele Menschen Selbstverwirklichung bedeuten – etwa für eine Bundestagsabgeordnete oder eine Journalistin, die in ihren Berichten Dingen auf den Grund gehen kann, die sie selbst interessieren. Oder für einen

5. Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981. Piper Verlag. S. 130f.

6. André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Hg. v. Ulrich Beck. Frankfurt am Main 2000. Suhrkamp Verlag. S. 102.

Arzt, der mit seiner Arbeit Menschen heilen kann. Das Arbeitsverhältnis kann aber genauso zu einer Quelle von Demütigungen und ständiger Verletzung des Selbstwertgefühls werden, zum Beispiel für einen persönlichen Mitarbeiter, der von seinem Chef schikaniert wird oder für eine Redakteurin, die in ihren Artikeln entgegen ihrer eigenen Überzeugung, den Vorgaben der Verlagsleitung Rechnung tragen muss oder für einen Krankenpfleger, dessen Familienleben unter der Schichtarbeit leidet. Schikane bei der Arbeit sei eine seltene Ausnahme? Vielleicht. Aber schlechte Arbeitsbedingungen sind leider keine Randerscheinung. Ganz im Gegenteil: Laut einer Untersuchung des DGB zu guter Arbeit bezeichnet gerade mal eine kleine Minderheit von 13 Prozent ihre Arbeitsbedingungen als gut.<sup>7</sup>

Das ernüchternde Ergebnis lautet: 55 Prozent der Befragten bewerten ihre Arbeitsbedingungen als mittelmäßig und 33 Prozent arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen. Diese große Unzufriedenheit ist ein Indiz dafür, dass Arbeit nicht automatisch Anerkennung und Selbstverwirklichung bedeutet. Andere Zahlen bestätigen dies: 70 Prozent der Beschäftigten haben eine geringe emotionale Bindung an ihren Arbeitsplatz, 15 Prozent gar keine.<sup>8</sup>

Wäre da noch die mit Arbeit verbundene Bezahlung. Doch Arbeit bedeutet leider schon lange nicht mehr automatisch ein ausreichendes Einkommen. Zunehmend

mehr Menschen sind trotz Arbeit auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen. Fast eine Millionen Menschen in diesem Land arbeiten in Vollzeit oder Teilzeit bzw. sind geringfügig beschäftigt und bekommen dabei einen so niedrigen Lohn, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen müssen. Andere sind aufgrund niedriger Löhne gezwungen, neben einer Vollzeitstelle einem Zweitjob nachzugehen, um über die Runden zu kommen. Ganz zu schweigen, von den Heerscharen junger Menschen, die unbezahlte Praktika absolvieren. Die Frage, ob Arbeit die mit ihr verbundenen Hoffnungen erfüllt, kann also nicht mehr einfach bejaht werden. Angesichts dieser ambivalenten Bilanz stellt sich für mich die Frage, inwieweit Anerkennung, Selbstverwirklichung und Einkommen – also die tatsächlichen Ziele hinter der Arbeitsuche – auch auf anderem Wege zu erreichen sind.

Der Frankfurter Philosoph Axel Honneth verweist zu Recht darauf, dass es einem historisch-kulturellen Wandel unterliegt, woran die Achtung und Anerkennung von Individuen gebunden ist.<sup>9</sup> Wir haben bereits gesehen, dass der hohe Stellenwert von Arbeit keine feste Konstante in der Menschheitsgeschichte darstellt. Und inzwischen sind erste Anzeichen dafür erkennbar, dass sich Menschen von der ausschließlichen Fokussierung auf Erwerbsarbeit befreien. So mancher, der Anerkennung und Selbstverwirklichung suchte, wurde inzwischen außerhalb der Arbeit fündig. Das zeigt

7. DGB-Index Gute Arbeit GmbH (Hg.): *Der Report 2009*. Berlin.

8. Gallup GmbH: *Engagement Index Deutschland 2016*.

9. Vgl. dazu Axel Honneth: *Logik der Emanzipation – Zum philosophischen Erbe des Marxismus*. in: *Wege ins Reich der Freiheit – André Gorz zum 65. Geburtstag*. Hg. v. Hans Leo Krämer und Claus Leggewie. Berlin 1989. Rotbuch Verlag. S. 101.



eine Studie am Institut für Psychologie der Universität Leipzig.<sup>10</sup> Darin wird untersucht, inwieweit Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit von Arbeitslosengeld-II-Beziehenden anerkannt werden. Das Ergebnis dürfte viele überraschen: Viele der Befragten verbrachten keineswegs ihre gesamte Zeit vor dem Fernseher. Vielmehr sorgen sie für Kinder und ältere Angehörige und/oder engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen, in einer Kirchengemeinde, Partei oder Gewerkschaft. Obwohl sie stigmatisiert sind, gelingt es einigen Hartz-IV-Beziehenden durchaus, eine anerkennende Identität zu entwickeln. Zu den wichtigen Ergebnissen der Studie gehört die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Anerkennung nicht ausschließlich mehr über den Job vermittelt wird.

Solche Entwicklungen sind Vorboten einer inneren Befreiung von Fremdbestimmung. Sie gilt es zu befördern. Denn Wolfgang Engler schreibt zu Recht: „Wer den gesellschaftlichen Daseinsbeweis des Menschen nur auf dem Umweg über die Arbeit zu führen versteht, unterwirft sich dem Einheitsdenken und hat den Kampf um eine andere Zukunft schon verloren.“<sup>11</sup> Eben jenen Kampf um die Zukunft und jene notwendige Befreiung von der ausschließlichen Fokussierung auf Erwerbsarbeit zu befördern, dazu dienen auch die Debatten um das Bedingungslose Grundeinkommen.

10. Sascha Göttling: *Wird Arbeit von Hartz-IV-Empfängern anerkannt?* Studie am Institut für Psychologie II der Universität Leipzig. Nr. 2007/181. Mehr dazu: [db.uni-leipzig.de/aktuell/index.php](http://db.uni-leipzig.de/aktuell/index.php).

11. Wolfgang Engler: *Bürger, ohne Arbeit – Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft*. Berlin 2005.







**Ema.Li**  
Emanzipatorische  
Linke